

Ministerpräsident Olaf Lies
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover

Lüneburg, den 31. Januar 2026

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Lies,
sehr geehrte Frau Ministerin Hamburg,
sehr geehrter Herr Minister Tonne,

der fortgesetzte Wegfall von Produktionsstandorten und Industriearbeitsplätzen in der Region Lüneburg / Lüchow-Dannenberg ist kein bedauerlicher Einzelfall mehr, sondern Ausdruck eines massiven industriepolitischen Versagens. Nach den Entwicklungen bei Musashi, der Schließung des Lüneburger Eisenwerks, den Entscheidungen bei Yanfeng und nun dem angekündigten Wegfall der Produktion bei Junghenrich muss klar benannt werden: Die industrielle Substanz der Region wird systematisch zerstört.

Was hier geschieht, ist kein unausweichlicher Strukturwandel, sondern auch das Ergebnis unterlassener politischer Steuerung. Mit jedem Standort, der verloren geht, verschwinden tariflich abgesicherte Arbeitsplätze, industrielles Know-how und wirtschaftliche Stabilität. Ganze Regionen zahlen den Preis für Konzernentscheidungen, denen bislang zu wenig politischer Widerstand entgegengesetzt wird.

Besonders problematisch ist, dass auf kommunaler Ebene bislang keine konsequente Einbindung der Beschäftigten stattfindet. Ich habe die Oberbürgermeisterin der Hansestadt Lüneburg Claudia Kalisch ausdrücklich aufgefordert, Gespräche mit Betriebsräten, Gewerkschaften und den betroffenen Beschäftigten zu führen. Bisher beschränkt sich ihre Kommunikation auf den Austausch mit Unternehmensleitungen – und darauf, ohnehin geplante Maßnahmen öffentlich als politische Erfolge darzustellen.

Diese Vorgehensweise ist unzureichend und politisch gefährlich. Sie schwächt das Vertrauen der Beschäftigten, untergräbt laufende Arbeitskämpfe und verschiebt die öffentliche Wahrnehmung zugunsten der Unternehmen. Wer so handelt, stellt sich nicht an die Seite der Beschäftigten, sondern schwächt ihre Verhandlungsposition im laufenden Arbeitskampf.

Jetzt ist die Landesregierung in der Pflicht. Ein bloßes Begleiten von Standortentscheidungen reicht nicht aus. Erforderlich ist ein aktives Eingreifen mit dem klaren Ziel, Produktionsarbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung in Niedersachsen zu erhalten.

Ich erwarte von Ihnen,

- dass Sie sich unmissverständlich an die Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft IG Metall stellen,

- dass Sie sich direkt und wirksam in die laufenden Verhandlungen einbringen,
- und dass Industriepolitik in Niedersachsen Standortwegfall verhindert.

Die Region Lüneburg steht exemplarisch für viele Industriestandorte im Land. Wenn hier kein Kurswechsel erfolgt, drohen dauerhafte Schäden für Arbeitsmarkt, soziale Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Es ist höchste Zeit, dass die Landesebene politisch eingreift und sichtbar und wirksam handelt.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Esders
Ratsmitglied der Partei Die Linke
Gruppensprecherin
Hansestadt Lüneburg